

# Gemeinde Ganderkesee

## Landkreis Oldenburg

**Aufstellung einer Außenbereichssatzung (Satzung Nr. 30)  
nach § 35 Abs. 6 BauGB für einen Teilbereich beidseitig  
der Straße Zur Hesterei im Ortsteil Gruppenbühren**

### Begründung

24. Mai 2007



**NWP**

Planungsgesellschaft mbH  
Escherweg 1  
Postfach 3867  
Telefon 0441/97 174 0  
info@nwp-ol.de

Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung  
26121 Oldenburg  
26028 Oldenburg  
Telefax 0441/97 174 73



## Inhaltsverzeichnis

1.	ZIELE UND ZWECKE DER PLANUNG .....	1
2.	RAHMENBEDINGUNGEN .....	2
3.	BESTANDSAUFNAHME .....	2
4.	ABWÄGUNGSRELEVANTE BELANGE .....	3
4.1	<b>Ergebnisse der Beteiligungsverfahren .....</b>	<b>3</b>
4.2	<b>Belange von Natur und Landschaft .....</b>	<b>4</b>
4.3	<b>Belange der Landwirtschaft.....</b>	<b>4</b>
4.4	<b>Belange des Immissionsschutzes.....</b>	<b>5</b>
4.5	<b>Belange der Erschließung, Ver- und Entsorgung.....</b>	<b>5</b>
5.	INHALT DER SATZUNG .....	6
5.1	<b>Abgrenzung .....</b>	<b>6</b>
5.2	<b>Festsetzungen – Art der baulichen Nutzung .....</b>	<b>6</b>
5.3	<b>Nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit.....</b>	<b>6</b>
5.4	<b>Hinweise .....</b>	<b>7</b>



## **1. Ziele und Zwecke der Planung**

Die Gemeinde Ganderkesee verfolgt das städtebauliche Ziel einer Überalterung der Einwohnerstruktur in den alten Ortslagen vorzubeugen und auch der jüngeren Generation Perspektiven für ein Verbleiben in den alten Ortslagen zu bieten. Nur eine Einwohnerstruktur, die alle Altersgruppen beinhaltet, ermöglicht ein lebendiges und zukunftsweisendes Dorfgemeinschafts- und Vereinsleben. Um die nachwachsende Generation in der Ortschaft Gruppenbühen halten zu können, ist die Schaffung von Wohngrundstücken ein wichtiger Faktor. Vor diesem Hintergrund erachtet es die Gemeinde Ganderkesee als sinnvoll, Baugrundstücke in einem moderaten Umfang unter Berücksichtigung der vorhandenen dörflichen Struktur zur Verfügung zu stellen. Zudem hat sich in jüngerer Vergangenheit gezeigt, dass die in den Satzungen/Bauleitplänen (anderer Ortsteile) festgesetzten Bauflächenpotenziale genutzt wurden und die Grundstücke vielfach bebaut wurden.

Im allgemeinen können Gemeinden auf Grundlage von § 35 (6) BauGB für bebaute Bereiche im Außenbereich Außenbereichssatzungen erlassen und festlegen, dass Wohnzwecken dienenden Vorhaben und kleinen nicht störenden Gewerbebetrieben im Sinne des § 35 Abs. 2 BauGB (sonstige Vorhaben) nicht entgegengehalten werden kann, dass sie einer Darstellung im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft widersprechen oder die Entstehung oder Verfestigung einer Splittersiedlung befürchten lassen. Mit der Satzung soll also die Zulassungsfähigkeit bestimmter sonstiger Vorhaben im Außenbereich erleichtert werden. Die Gemeinde Ganderkesee schafft diese Erleichterung durch die vorliegende Außenbereichssatzung. Als Art der zulässigen Nutzung wird in Anlehnung an den Bestand festgesetzt: Wohnzwecken dienenden Vorhaben und kleinen nicht störenden Gewerbebetrieben kann die im Flächennutzungsplan dargestellte Fläche für die Landwirtschaft sowie die Befürchtung, dass eine Splittersiedlung verfestigt wird, nicht entgegengehalten werden. Der Satzungsbereich bleibt jedoch weiterhin Außenbereich, so dass alle Vorhaben weiterhin nach § 35 BauGB zu beurteilen sind.

Voraussetzung für die Erstellung einer Außenbereichssatzung nach § 35 (6) BauGB ist, dass die bebauten Bereiche nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt sind und dass eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist. Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall erfüllt. Im Geltungsbereich dieser Außenbereichssatzung befinden sich ca. 12-14 Siedlungsnutzungen, davon einzelne gewerblich genutzte Bereiche. Aktive landwirtschaftliche Hofstellen sind im Geltungsbereich nicht vorhanden. Die nächstgelegenen Betriebe liegen westlich bzw. nordwestlich in 100-150 m Abstand. Insofern ist keine landwirtschaftliche Prägung festzustellen.

Die bestehenden Siedlungsnutzungen befinden sich auf großzügig geschnittenen Grundstücken. Teilweise sind größere bauliche Lücken zwischen den Siedlungsnutzungen vorhanden. Diese unbebauten Bereiche werden als Gärten/Grünland oder Pferdeweiden genutzt. Diese Struktur lässt eine Lückenschließung zu und bietet die Chance, eine geschlossene Siedlungsstruktur zu erzielen.

In der Satzung können nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit der durch die Satzung begünstigt zulassungsfähigen Vorhaben getroffen werden. Die Gemeinde Ganderkesee hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und Festsetzungen zur Mindestgrundstücksgröße (1000 qm), zur Geschossigkeit (maximal ein Vollgeschoss) und zur maximal zulässigen Anzahl der Wohneinheiten getroffen. Zulässig ist pro Baugrundstück maximal ein Wohngebäude mit maximal zwei Wohneinheiten. Die nach § 35 (4) Nr. 5 BauGB entwickelten Grundsätze für Wohngebäude sind jedoch auch bei Neubauten zu beachten. Mit diesen Festsetzungen wird erreicht, dass sich die neue



Bebauung in die bestehenden Strukturen einpasst und der gewachsene Ortsteil nicht durch die neue Bebauung überprägt wird.

Insgesamt ist aus Sicht der Gemeinde einerseits vor dem Hintergrund der vorhandenen Siedlungsstruktur und andererseits bei Berücksichtigung der planungsrechtlichen Regelungen eine moderate Verdichtung der Bebauung städtebaulich sinnvoll und mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar.

## **2. Rahmenbedingungen**

### **Regionales Raumordnungsprogramm**

Im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Oldenburg 1996 sind für das Satzungsgebiet folgende Aussagen getroffen worden:

- Vorsorgegebiet für die Erholung
- Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft aufgrund hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotenzials

Die Außenbereichssatzung ist mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar, da hier nur untergeordnet Flächen innerhalb eines Bebauungszusammenhangs für bauliche Zwecke herangezogen werden.

Nördlich des Satzungsgebietes verläuft eine HD-Erdgasleitung. Nach der derzeitigen Erkenntnislage wird die Leitung durch die Satzung nicht unmittelbar betroffen.

### **Flächennutzungsplan**

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Ganderkesee sind die Flächen des Satzungsgebietes, ebenso wie die angrenzenden Flächen, als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

## **3. Bestandsaufnahme**

Die Ortschaft Grüppenbühren liegt zwischen den Orten Ganderkesee im Süden und Bookholzberg im Norden, nördlich der Bundesautobahn A 28. Das Satzungsgebiet befindet sich südlich der „Kühlinger Straße“ im Norden bzw. westlich der Bundesstraße 212. Innerhalb des Geltungsbereiches liegen mehrere Wohnhäuser und einzelne kleinere Gewerbebetriebe. Die Gebäude sind eingeschossig. Den Wohnhäusern sind teilweise Nebengebäude zugeordnet. Die noch unbebauten Flächen im Satzungsgebiet werden als Zier- und Nutzgärten, teilweise auch als Grünland oder Pferdeweiden genutzt.

Landwirtschaftliche Hofstellen sind im Satzungsgebiet und in den angrenzenden südlichen, östlichen und nördlichen Bereichen nicht vorhanden. Im Westen liegen zwei Betriebe an der „Kühlinger Straße“. Die an den Satzungsgebiet angrenzenden Flächen werden überwiegend landwirtschaftlich als Grünland oder als Ackerflächen genutzt. Eingestreut befinden sich jedoch auch hier einzelne Siedlungsnutzungen.

Die bestehenden Straßen sind mit einer Pflasterdecke oder bituminös befestigt. Ein weiterer Ausbau der Straßen ist aufgrund der durch die Satzung ermöglichten Siedlungsverdichtung nicht erforderlich.



Hinsichtlich des ÖPNV ist das Plangebiet durch mehrere Buslinien erschlossen. Haltestellen befinden sich unmittelbar am Rand des Satzungsgebietes.

## **4. Abwägungsrelevante Belange**

### **4.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren**

Im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren gemäß § 35 (6) i.V.m. mit § 13 (2) Nr. 2 und 3 BauGB ist der betroffenen Öffentlichkeit und den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Planinhalten gegeben worden. Dabei sind insbesondere Anregungen zu den Belangen der Landwirtschaft, des Immissionsschutzes und der Ver- und Entsorgung vorgetragen worden. Die Anregungen sind in die Abwägung der Gemeinde eingestellt worden. Die Ausführungen hierzu sind in den entsprechenden Punkten dieser Begründung wiedergegeben.

Weiterhin sind von privater Seite Erweiterungen des Satzungsgebietes in südlicher, südwestlicher und nördlicher Richtung angeregt worden. Die Anregungen sind jedoch aufgrund folgender Aspekte grundstücksbezogen nicht berücksichtigt worden:

Die angesprochenen Grundstücke 316/6, 314/22; und 311/6 liegen am südlichen Rand des Satzungsgebietes. Die bebauten Teile sind in den Geltungsbereich einbezogen worden. Die verbleibenden Grundstücksteile liegen ausserhalb des Siedlungszusammenhangs von Gruppenbühren. Hier ist eine der Grundvoraussetzungen für die Aufstellung einer Außenbereichssatzung, nämlich der Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit der Bebauung nicht mehr gegeben. Die seitens der Einwenderin vorgeschlagene vollständige Einbeziehung der Grundstücke würde einer Entwicklung des Siedlungszusammenhangs in die freie Landschaft Vorschub leisten. Mit der Aufstellung einer Außenbereichssatzung kann jedoch nicht das Ziel verfolgt werden, den bebauten Bereich weiter in den Außenbereich zu erweitern.

Das Grundstück 277/2 am nördlichen Rand des Satzungsgebietes hat eine Größe von ca. 6.500 qm. Die Einbeziehung dieses Grundstückes in den Satzungsgebieteszusammenhang verbietet sich zu einem aufgrund der o.g. Grundvoraussetzungen zur Aufstellung einer Außenbereichssatzung. Zum anderen würde die Grundstücksgröße unter den Voraussetzungen der Satzung die Teilung von bis zu 8 Baugrundstücken erlauben. Diese städtebauliche Entwicklungsmöglichkeit macht jedoch im Regelfall eine konkrete städtebauliche Planung zum Beispiel mittels eines Bebauungsplanes erforderlich, da ansonsten unerwünschte städtebauliche Entwicklung nicht ausgeschlossen werden können. Zudem würde eine derartige Ansammlung von zusätzlichen Wohnnutzungen die Ortslage in diesem Bereich deutlich verändern und damit zu einer ungewollten Entwicklung führen.

Das angesprochene Grundstück südwestlich des Satzungsgebietes mit dem darauf befindlichen ehemaligen Heuerhaus liegt deutlich ausserhalb des Siedlungszusammenhangs von Gruppenbühren. Dieser wird im wesentlichen durch die Bebauung an den Straßen Zur Hesterei, Kühlinger Straße und der Gruppenbührener Straße bestimmt. Das angesprochene Vorhaben liegt dagegen westlich dieses Siedlungszusammenhangs. Hier ist eine der Grundvoraussetzungen für die Aufstellung einer Außenbereichssatzung, nämlich der Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit der Bebauung nicht mehr gegeben. Eine Einbeziehung des Grundstückes in den Satzungsgebietesbereich würde einer Entwicklung des Siedlungszusammenhangs in die freie Landschaft Vorschub leisten. Mit der Aufstellung einer Außenbereichssatzung kann jedoch nicht das Ziel verfolgt werden, den bebauten Bereich weiter in den Außenbereich zu erweitern.



Weiterhin ist von privater Seite unter Berücksichtigung der Erweiterung des Satzungsgebietes angeregt worden, die zulässige Mindestgrundstücksgröße auf 1.200 qm zu erhöhen.

Die Gemeinde ist dieser Anregung nicht vollständig gefolgt, da der Siedlungszusammenhang von Gruppenbühren derzeit durch vergleichsweise große Grundstücke geprägt wird. Dieses entspricht der dörflichen Entwicklung des Ortsteiles. Ziel der Gemeinde ist es, diese Struktur im Grundsatz zu erhalten. Kleinteilige, dichte Bebauung entspricht dagegen nicht der derzeitigen Struktur und soll für die Zukunft daher auch nicht ermöglicht werden. Die in der Satzung definierte Mindestgröße der Baugrundstücke ist von 800 qm auf 1.000 qm erhöht worden. Dieses Maß stellt dabei einen Kompromiss zwischen dem Ziel des Erhaltes des Ortsbildes und der Schaffung von zusätzlichen Bebauungsmöglichkeiten dar.

Im Nachgang des Beteiligungsverfahrens gemäß § 13 BauGB ist die festgesetzte Mindestgrundstücksgröße von 800 qm auf 1000 qm angehoben worden (§ 3 Nr. 2 der textlichen Festsetzungen). Im Zuge der hierzu erfolgten erneuten Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der berührten Träger öffentlicher Belange und sonstigen Behörden sind keine Anregungen vorgetragen worden.

#### **4.2 Belange von Natur und Landschaft**

Auf die Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB ist die Eingriffsregelung nach BauGB nicht anzuwenden. Vielmehr gilt die Eingriffsregelung nach den Naturschutzgesetzen im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren.

#### **4.3 Belange der Landwirtschaft**

Innerhalb der Geltungsbereiches sind keine landwirtschaftlichen Betriebe vorhanden. Nordwestlich und westlich des geplanten Geltungsbereiches befinden sich in einer Entfernung von ca. 100-150 m landwirtschaftliche Betriebe mit Tierhaltungsanlagen. Im Zuge des laufenden Verfahrens hat einer der betroffenen Landwirte dargelegt, dass er vor 4 Jahren die Milchviehhaltung aufgegeben und auf Schweinehaltung umgestellt hat. Dadurch sind ihm Auflagen zur Einrichtung von Filtertechnik gemacht worden, die sich an den Werten der umliegenden vorhandenen Bebauung orientierten.

Grundsätzlich kann daher davon ausgegangen werden, dass sich eine mögliche Konfliktsituation zwischen den angesprochenen landwirtschaftlichen Betrieben und den Wohnnutzungen im Geltungsbereich durch die Abgrenzung der Satzung nicht weiter erhöht. Westlich der Straße Zur Hesterei sind bereits Wohnnutzungen vorhanden, deren Schutzansprüche seitens der landwirtschaftlichen Betriebe zu berücksichtigen sind. Wie oben ausgeführt, sind die Immissionsaufpunkte bereits im Zuge einer Betriebsumstellung in der jüngsten Vergangenheit herangezogen worden. Eine Verträglichkeit zwischen landwirtschaftlichem Betrieb und diesen Wohnnutzungen ist derzeit aufgrund der Genehmigungen und Auflagen für den Betrieb gegeben.

Durch die Satzung wird kein weiteres Heranrücken von Wohnnutzungen an die landwirtschaftlichen Betriebe ermöglicht. Insofern wird das Konfliktpotential nicht erhöht.

Inwieweit einzelfallbezogene Immissionsuntersuchungen im Zuge der nachfolgenden Realisierung von Vorhaben im Satzungsgebiet erforderlich sind, bleibt den nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren vorbehalten.



#### **4.4 Belange des Immissionsschutzes**

Der Geltungsbereich der Satzung liegt im Immissionsbereich der östlich angrenzenden Bundesstraße B 212 und der südlich verlaufenden Bundesautobahn A 28. Gemäß Angaben der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, wurde mit Verkehrszählung 2000 auf der Bundesstraße 212 ein Verkehrsaufkommen vom ca. 12'500 Kfz/24h und auf der Autobahn A 28 von ca. 53 400 Kfz/24h festgestellt.

Eine Immissionsabschätzung der Auswirkungen des Verkehrs auf der Bundesstraße B 212 ist auf der Grundlage der obenstehenden Verkehrszahlen unter Berücksichtigung eines Prognosezuschlages von 20 % (Verkehrssteigerung) ermittelt worden. Danach werden die maßgeblichen Orientierungswerte für Außenbereichslagen bei freier Schallausbreitung in einer Tiefe von ca. 120 m entlang der Bundesstraße überschritten. Für diese Bereiche sind im Zuge der nachfolgenden Vorhabenplanungen entsprechende Schutzmaßnahmen (z.B. durch die Stellung der Gebäude bzw. passive Schallschutzmaßnahmen) zu berücksichtigen.

Auf eine gesonderte Betrachtung der Auswirkungen der Bundesautobahn wird verzichtet, da diese einen Abstand von ca. 300 m zur südlichen Grenze der Satzung hat und im betreffenden Bereich im Einschnitt geführt wird. Daher sind zwar grundsätzlich auch Auswirkungen für das Satzungsgebiet zu erwarten, diese werden jedoch durch die unmittelbar angrenzende Bundesstraße deutlich überlagert.

Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat darauf hingewiesen, dass von den Hausplätzen keine Ansprüche wegen der von der Bundesstraße 212 und Autobahn A 28 ausgehenden Emissionen gestellt werden können.

#### **4.5 Belange der Erschließung, Ver- und Entsorgung**

Das Satzungsgebiet einschließlich der bereits vorhandenen oder durch diese Satzung ermöglichten Bauplätze in Baulücken sind durch die „Kühlinger Straße“ im Norden, die Straße „Zur Hesterei“ im zentralen Bereich und die Bundesstraße 212 im Osten erschlossen.

Unmittelbar östlich des Satzungsgebietes verläuft die Bundesstraße B 212 außerhalb einer straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt. Daher sind bei der weiteren Entwicklung die Bestimmungen des § 9 FStrG zu beachten, nach denen entlang der Bundesstrasse eine 20-m-Bauverbotszone und eine 40-m-Baubeschränkungszone (jeweils gemessen vom westlichen Rand der für den Kfz-Verkehr bestimmten Fahrbahn) relevant ist. Für die innerhalb der Bauverbotszone vorhandenen Gebäude besteht Bestandsschutz.

Die erforderlichen Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind vorhanden. Die Ver- und Entsorgung ist durch die öffentlichen Versorgungsträger gesichert. Die Versorgung mit Strom und Gas erfolgt durch die EWE AG.

Der OOWV hat im laufenden Verfahren darauf hingewiesen, dass durch den Geltungsbereich Versorgungsleitungen DN 32 und DN 50 führen. Diese dürfen weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke - außer in den Kreuzungsbereichen - überbaut werden. Schmutzwasserkanäle sind nicht vorhanden und nicht geplant. Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW Arbeitsblatt W 400-1 Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Außerdem weist der OOWV darauf hin, dass die Versorgungsleitungen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Der Geltungsbereich muss durch die



bereits vorhandenen Versorgungsleitungen als teilweise erschlossen angesehen werden. Sofern eine Erweiterung notwendig werden sollte, kann diese nur auf der Grundlage der AVB Wasser V unter Anwendung des § 4 der Wasserlieferungsbedingungen des OOWV durchgeführt werden. Wann und in welchem Umfang diese Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde Ganderkesee und der OOWV rechtzeitig vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen.

Die Grundstücke müssen ihr Schmutzwasser über Kleinkläranlagen entsorgen. Ein Anschluss an die zentrale Abwasserbeseitigungsanlage der Gemeinde ist nicht vorgesehen.

Auch bei einer weiteren Bebauung soll die Ableitung des Oberflächenwassers die Vorfluter nicht mehr belasten als derzeit aus den Flächen. Aus diesem Grund ist das Oberflächenwasser auf den privaten Grundstücken zu versickern oder – soweit das nicht möglich ist, nach Rückhaltung gedrosselt abzuleiten, wobei nicht mehr Oberflächenwasser abgeleitet werden darf als von den derzeit genutzten Flächen.

## **5. Inhalt der Satzung**

### **5.1 Abgrenzung**

Die Satzung umfasst einen überwiegend bebauten Bereich im Ortsteil Gruppenbühren, südlich der „Kühlinger Straße“ beidseitig der Straße „Zur Hesterei“. Der genaue Geltungsbereich ist dem Planteil zu entnehmen.

### **5.2 Festsetzungen – Art der baulichen Nutzung**

Die Zulässigkeitsvoraussetzung des § 35 BauGB für Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB wird durch die Satzung dergestalt modifiziert, dass Wohnzwecken dienenden Vorhaben und kleinen nicht störenden Gewerbebetrieben die im Flächennutzungsplan enthaltene Darstellung einer Fläche für die Landwirtschaft sowie die Befürchtung, dass eine Splittersiedlung verfestigt werden könnte, nicht entgegengehalten werden kann.

### **5.3 Nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit**

Um die Vereinbarkeit mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung sicherzustellen werden nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit von Vorhaben im Sinne der Satzung getroffen:

1. Vorhaben nach § 2 dieser Satzung müssen sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen.

2. Die Baugrundstücke für Wohnnutzungen müssen eine Mindestgröße von 1000 qm besitzen. Pro Baugrundstück ist maximal ein Wohngebäude mit maximal zwei Wohneinheiten zulässig, wobei die nach § 35 Abs. 4 Nr. 5 BauGB entwickelten Grundsätze für Wohngebäude auch für die Neubebauung gelten.

3. Zulässig ist maximal ein Vollgeschoss.

4. Das auf den Baugrundstücken anfallende Oberflächenwasser ist auf den privaten Grundstücksflächen zu versickern oder - soweit dieses nicht möglich ist - nach Rückhaltung





gedrosselt abzuleiten, wobei nicht mehr Oberflächenwasser abgeleitet werden darf als von den derzeit genutzten Flächen.

#### **5.4 Hinweise**

##### **Bodenfunde**

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege - Referat Archäologie- Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15 unverzüglich gemeldet werden. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

##### **Altablagerungen**

Bei Hinweisen auf Altablagerungen ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

##### **Leitungen**

Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Leitungsplänen der Versorgungsträger zu entnehmen; bei Baumaßnahmen und Bepflanzungen ist Kontakt mit den Versorgungsträgern aufzunehmen.

Gemeinde Ganderkesee

gez. Gerken-Klaas

---

Die Bürgermeisterin

Ganderkesee, den 12.06.2007